



Niederschrift zur 1. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 13.05.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:18 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wündsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wündsdorf**

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Edgar Leisten
Herr Olaf Manthey
Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Gäste

Bürger

Herr Käthe - SVV
Frau Küchenmeister - SVV
Frau Leisten - SVV
Herr Klucke - SVV
Frau Polley - Bauplanung Polley
2 weitere Bürger laut Anwesenheitsliste

Ausschussvorsitzender

Herr René Just

Ausschussmitglieder

Herr Markus Herrmann
Herr Marko Njammasch

entschuldige
entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Just um 18:00 Uhr eröffnet.
Herr Just bat um Nachsicht, da es seine erste Sitzung als Vorsitzender sei.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass alle sechs stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend waren. Die Sitzung war somit beschlussfähig.

zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr von Lützow:

Beantragte, dass der TOP 13 vorgezogen wird und zusammen mit dem TOP 9.1 beraten wird. Der TOP 9.2 soll von der Tagesordnung genommen werden, da dazu noch Redebedarf bestehe.

Frau Schwarzweller erklärte ihr Einverständnis dazu, dass TOP 13 vorgezogen wird. Gleichzeitig erklärte sie als Einreicherin die Rücknahme des TOP 9.1, BV-Nr. 128/19.

Herr Leisten regte an, dass das Thema weiter verfolgt wird. Zur Saison sollt am Strandbad ein Spielplatz errichtet worden sein.

Frau Schwarzweller informierte darüber, dass die Fraktion AfD einen Änderungsantrag zur BV-Nr. 128/19 eingereicht habe. Diesen Änderungsantrag mit der Nr. 045/20 haben alle Ausschussmitglieder auf die Tische verteilt bekommen.

Herr Just fasste zusammen:

TOP 9.2 wird auf der Tagesordnung gelassen und danach wird der Änderungsantrag der Fraktion AfD behandelt.

Abstimmung zur Zusammenlegung der TOPs 9.1 und 13: 6 / 0 / 0

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung: 5 / 1 / 0

zu 4 **Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden**

Herr Njammasch reichte seine Bewerbung zum stellv. Ausschussvorsitzenden vor der Sitzung schriftlich ein. Diese Bewerbung wurde auf die Tische der Mitglieder verteilt.

Der Ausschussvorsitzende fragte, ob es weitere Bewerbungen gebe. Das war nicht der Fall.

Der Ausschussvorsitzende bat um Abstimmung zur offenen Wahl: 3 / 2 / 0

Da das Ergebnis nicht einstimmig war, erfolgte die Wahl zum stellv. Ausschussvorsitzenden in geheimer Wahl.

Herr Just fragte, ob es Freiwillige zur Bildung einer Wahlkommission gebe. Frau Küchenmeister und Frau Leisten waren bereit, die Wahlkommission zu bilden.

Gleiche Stimmzettel wurden durch die Protokollantin vorbereitet.

Frau Leisten überzeugte sich, dass die Wahlurne leer war. Herr Just bat die Ausschussmitglieder in namentlichem Aufruf um ihre Stimmabgabe in geheimer Wahl.

Herr Just schloss den Wahlvorgang. Frau Leisten und Frau Küchenmeister zählten die Stimmen aus:

Herr Njammasch erhielt folgende Stimmen: 3 x Ja, 3 x Nein – Damit war er nicht zum stellv. Ausschussvorsitzenden gewählt worden.

Nach erneutem Aufruf schlug Herr Leisten sich selbst als stellv. Ausschussvorsitzenden vor. Er begründete seine Bewerbung ausführlich.

Gleiche Stimmzettel wurden durch die Verwaltung vorbereitet. Frau Leisten und Frau Küchenmeister führten den Wahlvorgang durch. Nach Abgabe aller Stimmen nahmen sie die Auszählung vor.

Herr Leisten erhielt folgende Stimmen: 2 x Ja, 4 x Nein. Er wurde damit nicht gewählt.

Herr Just fragte noch einmal nach, ob es einen weiteren Bewerber gebe. Da dies nicht der Fall war, vertagte er den TOP auf die nächste Sitzung des Ausschusses.

zu 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 14.11.2019

Es lagen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

zu 6 Bericht aus der Verwaltung

Der Bericht wurde an die anwesenden Ausschussmitglieder in Form einer Präsentation in schriftlicher Form verteilt. Frau Schwarzweller stellte den Bericht ausführlich vor. Er enthielt folgende Punkte:

- I. Notbetreuung
 - I.1 KITAS
 - I.2 Hort
 - I.3 Einnahmen

- II. Hort am Wasserturm
 - II.1 Belegungszahlen und Ausgangssituation
 - II.2 zweiter Flucht- und Rettungsweg
 - II.3 Beantragung Ausnahmegenehmigung
 - II.4 Geeignete Maßnahmen

- III Beantragung des Jugendzentrums für die Nutzung als Hort

- IV Kita Bummi

- V Neuer Hort Wasserturm

zu 7 Einwohnerfragestunde

Herr Just wies darauf hin, dass die Einwohner auch Rederecht zu den folgenden Tagesordnungspunkten beantragen können.

Frau Schreiber beantragte Rederecht zu TOP 9.1 und 13, 9.2 und 11 und 12.

Herr Käthe beantragte Rederecht zu den TOP 9.1 und 9.2.

Herr Schubert:

An die Verwaltung: Wie sieht es aus mit der SVV? Wurden Sachen organisiert, damit Bürger an der Sitzung teilnehmen können?

Frau Schwarzweller erklärte, dass die SVV in der Mehrzweckhalle in Dabendorf stattfinden werde. Die Vorbereitungen für eine ordentliche Sitzung laufen derzeit.

Herr Buge, OV Schünow:

Wie sieht ihr Konzept zu den Radwegen aus? Wann kommt der Radweg? Wie sieht es mit dem Radwegekonzept aus?

Herr Lambert:

Ich habe ein Schreiben bekommen bzgl. des Hortumzuges meines Sohnes in den Jugendclub. Könnten die drei Folien aus dem Bericht aus der Verwaltung an die betroffenen Eltern verteilt werden?

Schwarzweller:

Alle Berichte aus der Verwaltung werden kurz vor der SVV online gestellt. Das Konzept erhalten auch alle Eltern. Wir versuchen eine Lösung zu finden, dass Geschwisterkinder nicht getrennt werden. Die Eltern sollen rechtzeitig informiert werden.

Zum Radwegekonzept: Wir werden das schriftlich ausarbeiten. Wir sind derzeit dabei, mit einigen Städten wie Ludwigsfelde, Rangsdorf und Mittenwalde zu reden. Es soll kein

Stillstand in Zossen geben, obwohl wir in Zossen eine kritische Haushaltslage haben.

zu 8 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr von Lützow:

Zum Jugendzentrum: Gibt es schon einen feststehenden Termin für die Vor-Ort-Begehung?

Frau Schwarzweller:

Einen Termin gibt es noch nicht. Aber diese ganz konkrete Entscheidung erfolgt, nachdem es eine Besichtigung und Infoveranstaltung für die Eltern gab.

Frau Küchenmeister:

1. Wir haben eine Information von Carlas Menü bekommen, dass die Mittagessen in einer Aluschale serviert werden. Warum?
2. Gibt es Pläne zu den Öffnungen der Kitas? Zum 25.05. geht die Schule in den Regelbetrieb. Können die Kitas auch in den Regelbetrieb gehen? Wurde dafür ein Konzept erarbeitet?
3. Wann bekommen wir anderen den Bericht aus der Verwaltung?
4. Warum haben Sie um eine 2. Begehung vom Landesamt für Arbeitsschutz gebeten? Ich bin mit den Daten nicht ganz klar gekommen. Wie passen die Daten zusammen?

Frau Schwarzweller:

Zu 1.: Die Küche in Dabendorf ist noch nicht aktiviert und nicht einsatzfähig. Was der genaue Grund für die Aluschale ist, ist nicht bekannt. Ich nehme die Frage mit. Meinem Erachten nach wurde das Essen portioniert für die Kinder in Notbetreuung geliefert. Hygienische Standards können so besser eingehalten werden.

Zu 2.: Rehagen hat den Regelbetrieb aufgenommen, da die Kinderzahl so gestiegen ist, dass sie nicht mehr in der Notbetreuung waren. Der Landtag entscheidet mit Hilfe von Eindämmungsverordnungen.

Zu 3.: Der Bericht aus der Verwaltung wird über die Postfächer der Stadtverordneten verteilt. Weitere Exemplare sind auch heute vorhanden und können ausgehändigt werden.

Zu 4.: Im Bericht aus der Verwaltung kann Genaueres nachgelesen werden.

Frau Küchenmeister:

Warum erfahren wir Stadtverordnete erst jetzt von dem Problem? Warum haben Sie uns nicht auch in Coronazeiten zusammengerufen. Wir hätten auch tagen dürfen.

Jetzt da das Jugendzentrum als Hort umgebaut werden soll, haben sie nicht über eine Containersituation für den Hort nachgedacht?

Frau Schwarzweller:

Eine Containerlösung ist keine Option. Das Jugendzentrum kann mit wenig finanziellem Aufwand zum Hort umgebaut werden. Die Kosten für das Jugendzentrum werden gering sein. Die Räumlichkeiten sind renoviert und geben diese Nutzung her.

Frau Küchenmeister:

Am Jugendzentrum ist z. B. kein Gras, nur Betonfläche.

zu 9 zu 9.1

Beratung von Beschlussvorlagen

Zulassung überplanmäßiger Ausgaben für die Wiederherstellung des 2. Flucht- und Rettungsweges im Hort Am Wasserturm Vorlage: 036/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stimmt überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von bis zu 110.000,00 € für die Wiederherstellung des 2. Flucht- und Rettungsweges im Hort Am Wasserturm zu.

Information zur Erweiterung der Betriebserlaubnis Hort am Wasserturm

Die Tagesordnungspunkte 9.1 und 13 werden zusammen behandelt.

Frau Schwarzweller erklärte ausführlich die Beschlussvorlage Nr. 036/20.

Es gehe um die Wiederherstellung des 2. Flucht- und Rettungsweges durch den Anbau einer Außentreppe. Werden die Mängel nicht beseitigt, könne es passieren, dass das Gebäude für das neue Schuljahr nicht genutzt werden könne. Es müsse ein Brandschutzkonzept erstellt werden. Eine Gefährdung des normalen Schulbetriebes an der Goetheschule solle nicht erfolgen.

Die Ausschussmitglieder erhielten folgende Unterlagen neben dem Bericht aus der Verwaltung:

- Anschreiben Unfallkasse Brandenburg vom 02.07.2018
- Anschreiben Land Brandenburg – Landesamt für Arbeitsschutz vom 27.02.2020
- Kostenzusammenstellung der zu erwartenden Kosten – Hort am Wasserturm – 2. Rettungsweg

Frau Schwarzweller erläuterte die vorzunehmenden Maßnahmen um den Schul- und Hortbetrieb nicht zu gefährden.

Herr Leisten:

Wir wurden überrascht, dass aus 40 T€ nun 150 T€ werden. Wenn die entsprechenden Behörden sagen, dass dies gemacht werden muss, dann muss das gemacht werden. Die Priorität hierzu liege im Finanzausschuss. Prinzipiell müsse man diese Sachen akzeptieren.

Herr von Lützwow:

Ich werde dieser Beschlussvorlage zustimmen. Ich bin selbst Sicherheitsbeauftragter auf der Arbeit. Es geht um das Leben und den Tod unserer Kinder.

Frau Schreiber:

Es ist sehr, sehr bedauerlich und nicht nachvollziehbar, warum die Kostenaufstellung nicht im Bauausschuss vorgelegt wurde. Der BBW hat gar nicht inhaltlich beraten. Deshalb gab es keine Nachfragen. Warum wurde das im BBW nicht gemacht? Wäre es nicht sinnvoller, das in den zuständigen Ausschuss zu geben. Der Ausschuss könnte sich mit dem zweiten Flucht- und Rettungsweg befassen. Der einzige zuständige Mitarbeiter ist der des Landkreises. Das Landesamt für Arbeitsschutz schreibt seit Jahren immer wieder lange Protokolle, hat aber keine Kompetenzen. Es ist lediglich für die Mitarbeiter zuständig. Bei Bestandsgebäuden gilt der Bestandsschutz. Dieses Protokoll hat gar keine Bedeutung. Sie geben Geld aus, für Maßnahmen, die nicht nötig gewesen wären.

Herr Käthe verzichtete auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden auf sein Rederecht.

Herr Manthey:

Bei den finanziellen Auswirkungen steht in der Beschlussvorlage 150 T€. Dann könnte hinten stehen 40 T€, Haushaltsrest 110 T€.

Frau Schwarzweller:

In der SVV gab es den Beschluss, dass 40 T€ für Flucht- und Rettungsweg beschieden waren. Der Betrag war im Haushalt 2019 eingestellt. Jetzt steigt das Budget um 110 T€.

Herr Manthey:

Die Summe bei den finanziellen Auswirkungen sollte in 110 T€ geändert werden statt 150 T€.

Abstimmung zur BV in unveränderter Form zzgl. redaktioneller Änderung bei den finanziellen Auswirkungen: 5 / 0 / 1

**Öffentlicher Spielplatz im Ortsteil Kallinchen
Vorlage: 128/19**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Der Betreiber des Strandbades Kallinchen (Kalli GmbH) erhält die Freigabe, auf dem Gelände des Strandbades Kallinchen auf seine Kosten einen Kinderspielplatz nach seinem Wunsch zu errichten. Hierfür ist die Fläche des alten Kinderspielplatzes zu nutzen.*
2. *Für den Ortsteil Kallinchen wird durch die Stadt Zossen ein öffentlicher Spielplatz auf einer Teilfläche des Grundstückes Birkengrund, Flur 3, Flurstück 838 (Anlage 1 – schraffiert) errichtet.*

Änderungsantrag der Fraktion AfD, eingegangen bei der Stadt Zossen am 12.05.2020: Änderungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 128/19; BV-Nr. 045/20

Hiermit stellen wir als AfD-Fraktion Zossen einen Änderungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 128/19 für die kommende SVV am 27.05.2020 und den SJBS am 13.05.2020:

- *Punkt 1 bleibt bestehen!*
- *Zu Punkt 2: alt:
„Für den Ortsteil Kallinchen wird durch die Stadt Zossen ein öffentlicher Spielplatz auf einer Teilfläche des Grundstückes Birkengrund, Flur 3, Flurstück 838 (Anlage 1 – schraffiert) errichtet.“
Wird ersetzt durch Punkt 2 neu:*

„Für den Ortsteil Kallinchen wird durch die Stadt ein öffentlicher Spielplatz auf einem stadteigenen Grundstück in Kallinchen, welches durch den Ortsbeirat Kallinchen noch zu bestimmen ist, errichtet.“

Herr Leisten trug den Antrag vor und begründete ihn ausführlich.

Herr Manthey:

Gestern tagte der RSO. Der Antrag BV-Nr. 128/19 wurde einstimmig zur rechtlichen Prüfung an die Verwaltung zurückgegeben.

Frau Schwarzweller erklärte, dass sie sehr wohl über die RSO-Sitzung informiert wurde. Im BBW wurde genau das besprochen.

Herr Manthey:

Ich bringe den Gedanken ein, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Herr von Lütow:

Der OB muss sich damit beschäftigen. Vorrangig sollte der Spielplatz am See gebaut werden.

Herr Leisten:

Ich habe gerade erst erfahren, dass der RSO die BV zur rechtlichen Prüfung vertagt hat. Eine Vertagung und Verschiebung verlangsamt den gesamten Prozess.

Frau Leisten:

Gestern im RSO waren wir nicht anwesend. Mit welcher Begründung wurde der Antrag vertagt. Der OB Kallinchen trifft sich noch diese Woche. Die Zeit drängt ja.

Frau Küchenmeister:

Im RSO wurde besprochen, dass die BV unter Ziffer 1 aus juristischer Sicht zu prüfen sei. Ist die Formulierung rechtlich richtig formuliert? Wir sollten nichts beschließen, dass uns nicht zusteht.

Herr Just:

Ich habe verstanden, dass es rechtliche Bedenken zu Punkt 1 gibt. Diese Bedenken räumt der Antrag der AfD nicht aus.

Herr Manthey:

Diesen Antrag der AfD kann Herr Leisten ändern.

Herr Just:

Mein Vorschlag ist, dem RSO zu folgen und die BV zur rechtlichen Prüfung in die Hände der Verwaltung zu geben. Es sollte auf jeden Fall ein Spielplatz auf dem Strandbadgelände gebaut werden und ein weiter im Ortsteil Kallinchen.

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung zieht die Originalbeschlussvorlage zurück und Herr Leisten ändert seinen Antrag.

Herr Leisten:

Es bleibt nur noch Punkt 2 bestehen. Punkt 1 der BV wird gestrichen.

Herr Manthey:

Die BV-Nr. 128/19 ist im Dezember nicht beschlossen worden. Sie wurde einstimmig in den Ausschuss BBW und in den OB Kallinchen vertagt. Ich gebe Frau Schwarzweller den Tipp, die BV nicht zurückzuziehen. Dann bleibt der Punkt 1 und wird durch den Punkt 2 aus dem AfD-Antrag ergänzt. Daraus wird dann die 128/19/01.

Herr Just:

Ich habe Bedenken, den Punkt 1 zu streichen. Die Verwaltung soll einen vernünftigen Vorschlag machen.

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung stimmt dem zu, dass der Punkt 1 der BV vertagt wird zur rechtlichen Prüfung. Die Abstimmung erfolgt zum AfD-Antrag.

Punkt 1 wird gestrichen

Punkt 2 siehe Antrag

Abstimmung: 4 / 0 / 2

BV-Nr. 128/19

Frau Schwarzweller: Die Beschlussvorlage wird rechtlich geprüft. Sie wird in den RSO mit der Aufgabe an die Verwaltung um rechtliche Prüfung gegeben.

Herr Just:

Die Beschlussvorlage wird vertagt zur rechtlichen Prüfung durch die Verwaltung und Vorlage in RSO und SJBS.

Abstimmung zur Vertagung: 5 / 0 / 1

zu 10

Digitalpakt

Frau Schwarzweller berichtete, dass die Schulen bis Ende Mai Zeit haben, ihre Medienentwicklungspläne einzureichen. Bisher habe die Goethe-Schule ihr Konzept eingereicht. Es stehe ein Gesamtbudget in Höhe von 800 T€ zur Verfügung, um die Digitalisierung ans Laufen zu bringen. Die Schulen stehen dabei in engem Kontakt mit der ADV, um zu klären, was realisierbar ist. Der Medienentwicklungsplan muss durch alle Gremien einer Schule gegeben werden.

Frau Küchenmeister beantragte, die Medienentwicklungspläne als Stadtverordnete zu erhalten.

zu 11 Beratung und Information zum Hortneubau Zossen

Frau Schwarzweller bat darum, Frau Polley das Wort zu erteilen.

Frau Polley erläuterte anhand der gezeigten Pläne die derzeitigen Planungen. Das eingereichte Konzept habe Kapazitäten von 220 Kindern. Das Objekt sei im Bauantragsverfahren.

zu 12 Beratung und Information zur Kita Bummi

Frau Polley erläuterte die verschiedensten Varianten und zeigte per Luftbild die Lage des Objektes. Eine Lösungsvariante für 150 Kinder sollte erarbeitet werden. Eine Variante sehe einen Teilabriss und den Erhalt des Vorderhauses vor. Außerdem soll der Abriss des Einfamilienhauses mit Nebengelass erfolgen. Auf dem entstanden Gesamtgrundstück sollte mittels Verbinder ein neuer Anbau auf dem ehemaligen Nachbargrundstück entstehen. Eine weitere Variante sei der Komplettabriss des Altbaus und ein Neubau auf dem Gesamtgrundstück für 150 Kinder sowie der Neubau an einem anderen Standort (z.B. „Festwiese“) für 150 Kinder auf einem anderen Grundstück. Die entsprechende Variantenprüfung laufe.

Herr Leisten erklärte, dass er für die Variante Komplettabriss und Neubau sei.

Frau Schwarzweller:

Wenn wir den Bummi komplett abreißen, bauen wir auf dem Gelände auch eine komplett neue Kita Bummi. Die Überprüfung der verschiedenen Varianten auf Kosten läuft. Wegen der Sanierung der Kita Bummi und der Aufforderung zum Brandschutz, kam die Idee aus der Vergangenheit zu profitieren. Die Kitas Oertelufer und Haus der kleinen Füße wurden gebaut. Die Planungskosten könnten gespart werden.

Frau Leisten berichtete, dass sie die Kita Bummi habe besichtigen dürfen und schwer begeistert von den Außenanlagen sei. So etwas dürfe man niemals abreißen. Sie würde sich immer für den Erhalt der Kita Bummi aussprechen.

Frau Küchenmeister gab zu bedenken, dass der Standort der derzeitigen Festwiese nicht optimal für eine Kita sei. Der Standort sei ein wichtiger emotionaler Faktor.

Herr Just erteilte der Leiterin der Kita Bummi das Wort.

Frau G.:

Es wäre ein Desaster, wenn die Kita Bummi nicht dort stehen bleibt, wo sie jetzt ist.

Herr von Lützwow:

Können wir als Ortsbeiräte noch Standortvorschläge machen?

Frau Schwarzweller:

Mir würde es auch wehtun, die Kita Bummi aufzugeben. Wir wissen noch nicht, wo wir mit den Variantenprüfungen hinkommen.

Frau Leisten:

Wenn jetzt doch alle Beteiligten sagen, wir wollen die Kita Bummi nicht schließen, brauchen wir keine Alternativen prüfen.

Frau Schwarzweller gab Frau Leisten grundsätzlich Recht, machte aber deutlich, dass sich die Stadt in einer defizitären Haushaltslage befinde. Es müsse alles noch geprüft werden.

Frau Schreiber:

Im Ausschuss SJBS im letzten Jahr habe ich die Beschlussvorlage zur Kita Bummi zurückgezogen. Über sämtliche Punkte sollte noch einmal geredet werden. Sie hätten die vorherigen Grundlagen im Ausschuss SJBS für einen Variantenplan erörtern müssen. Zusätzliche 30 Kinder sind für die Stadt Zossen nicht ausreichend. Ich sehe das nicht so. Es müssten deutlich mehr Kapazitäten eingeplant werden. Der Ausschuss SJBS muss

darüber beraten, bevor Pläne vorgelegt werden.

Frau Schwarzweller:

Sie haben mit 120 Kindern geplant und als wir die Kapazitäten festgestellt haben, stellten wir fest, dass es mindestens 150 Kinder sein müssen.

Frau Küchenmeister:

Als damals geplant wurde, haben wir noch nicht über das Nachbargrundstück gesprochen. Deshalb wurde bei der Planung von 120 Kindern ausgegangen. Wir wollen das Richtige für Zossen. Wir wollen wissen, welche Möglichkeiten es gibt und erst danach werden Planungsleistungen ausgelöst. Wir wollen gemeinsam das Beste für Zossen. Bitte an die Verwaltung uns mit einzubinden. Auf der nächsten SJBS-Sitzung im Juni soll uns eine ordentliche Arbeitsgrundlage vorgelegt werden.

Frau Schwarzweller:

Genau deshalb habe ich darauf gedrängt, dass wir die Ausschüsse im Mai brauchen. Jetzt liegt das Ergebnis da und sie werden darüber informiert.

Herr Just erklärte, dass er es für sich schön finde, als zusätzliche Informationen schon mehrere ausgearbeitete Varianten zu haben. Natürlich müsse man auf die Kosten achten. Das muss beim nächsten Mal von der Verwaltung vorgelegt werden. Er vermutet, dass die Informationen zum nächsten Ausschuss vorliegen werden.

zu 14 Planung 2020

Herr Just führte aus, dass er anhand der Satzung eine Präsentation ausgearbeitet habe, wofür der Ausschuss überhaupt zuständig sei. Er machte den Vorschlag, dass sich neben diesen hochaktuellen Themen, ab der nächsten Sitzung auch eines von den Themen auf einer höheren Ebene vorgenommen werden sollte. Hierzu nannte er einige Beispiele.

Herr von Lützwow schlug das Thema Jugendarbeit vor.

Herr Manthey stimmte zu, das nächste Mal das Thema Jugendförderung auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Just schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:58 Uhr.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung war um 21:05 Uhr hergestellt worden.

René Just
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich
Protokollantin